

## Psychiatrie-Kongress in Irsee

## Vorurteile gegenüber der Psychiatrie abbauen

Zu einem unverändert aktuellen, aber nicht immer einfach zu handhabenden Thema lud kürzlich der „Gesundheitspolitische Kongress“ der bayerischen Bezirke. Sein Motto lautete: „Das Bild der Psychiatrie in der Öffentlichkeit.“ Mehr als 70 Vertreter aus Medizin, Politik und Gesellschaft nutzten die zweitägige Tagung, um über das Bild einer modernen Psychiatrie zu diskutieren und dabei verschiedene Blickwinkel zu berücksichtigen.

## Patienten spüren Argwohn und Misstrauen

Noch immer sehen Teile der Öffentlichkeit die Psychiatrie kritisch. Aber nicht nur die Fachdisziplin an sich ist von diesem zuweilen negativen Image betroffen. Auch viele Patienten spüren den Argwohn und das Misstrauen der Gesellschaft gegenüber ihrer Erkrankung – und damit auch gegenüber sich selbst. Diesen Fragen stellte sich daher umso eindringlicher der Kongress durch offene Diskussionen und wegweisende Beiträge der Fach-Referenten. Josef Mederer, Präsident des Bayerischen Bezirktags, griff das Grundproblem daher dann gleich zu Beginn direkt auf: „Stets werden hier aktuelle Anliegen der psychiatrischen Versorgung, die nicht nur uns Bezirke auf den Nägeln brennen, vorgestellt und diskutiert, sondern auch Lösungsansätze auf den Weg gebracht.“ Dabei knüpfte er an den Beitrag von Professor Asmus Finzen an, der an die noch immer existierenden und ausgelebten Vorurteile, Schuldzuweisungen, Diskriminierungen und Stigmatisierungen, unter denen die Betroffenen leiden, erinnerte. Das alles erscheint umso erstaunlicher, da viele renommierte Studien belegen, dass die Zahl der psychisch Kranken jedes Jahr kontinuierlich steigt, in Deutschland und damit auch in Bayern. Statistisch erkrankt jeder Vierte einmal

in seinem Leben an so einer „Störung“, fast jeder kennt in seinem Umfeld jemand, der davon betroffen war oder es oft über Jahre hinaus ist.

Dennoch beklagen auch die Vertreter der „Psychiatriefahrenen“ Ängste, die die Menschen ihnen entgegenbringen. Fast scheint, dass in der Öffentlichkeit heute immer noch zwischen akzeptierten und nicht-akzeptierten Erkrankungen unterschieden wird, und damit die Menschen hier nach wie vor kategorisiert werden.

Auch Josef Mederer wies auf diese Diskrepanz hin: „Dieses Bild ist nach meiner Wahrnehmung durchaus verschieden je nach Diagnose, den Lebensumständen der betroffenen Person und den Rahmenbedingungen der Behandlung. Gibt es also „die“ Psychiatrie? Müssen wir da nicht etwas genauer hinschauen?“, fragte er in Irsee.

## Sensibilität ist gestiegen

Interessant ist dabei, dass die Experten aber nicht von einer Zunahme an schweren Erkrankungen ausgehen. Vielmehr ist die Sensibilität sowohl der Erkrankten als auch der Behandler für die Psychiatrie und deren Notwendigkeiten gestiegen. Symptome und Hinweise ernstzunehmen und sie frühzeitig abzuklären, ist die Herausforderung.

Geändert hat sich aber auch die Psychiatrie selbst. Eine kürzere Verweildauer in den Kliniken, offene Türen und die Ausweitung der Behandlungsoptionen – bis hin zu ambulanten Angeboten – haben das Bild der Psychiatrie in der Öffentlichkeit durchaus positiv verändert. Allen Teilnehmern des Kongresses war deshalb klar, dass die bisherigen Anstrengungen weiter fortgesetzt werden müssen, um die noch herrschenden Vorurteile abzubauen. > HENNER LÜTTECKE

## Forderungen und Positionen zum Maßregelvollzugsgesetz

## „Mehr Transparenz und Sicherheit“

Endlich ist es soweit: Nach langem Einsatz und zahlreichen Initiativen der Bezirke und des Bezirktags hat die Staatsregierung kürzlich den Entwurf eines Maßregelvollzugsgesetzes vorgelegt. Da die dritte kommunale Ebene als bisheriger und künftiger Aufgabenträger des Maßregelvollzugs hier eine zentrale Rolle einnimmt, ist dieser Gesetzesentwurf von großer Bedeutung und eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft der Forensik und ihrer Transparenz nach Innen wie Außen im Freistaat.

Die Bezirke betreiben im Auftrag des Freistaats derzeit an 14 Standorten eigenständige Maßregelvollzugseinrichtungen, in denen über 2500 Patienten versorgt werden. Diese werden in der forensischen Psychiatrie behandelt, weil aufgrund einer von ihnen begangenen Straftat die Unterbringung dort richterlich angeordnet worden ist.

Drei der 14 Kliniken sind Spezialeinrichtungen: eine Klinik ausschließlich für Frauen, eine für jugendliche Suchtkranke und eine für besonders gefährliche Patienten. Schon seit vielen Jahren erheben der Bayerische Bezirkstag und die Leiter der Maßregelvollzugseinrichtungen der Bezirke die Forderung nach Erlass eines eigenständigen Maßregelvollzugsgesetzes. Dabei sollen die Regelungen zum Maßregelvollzug aber nicht Teil eines Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes (PsychKHG) sein, das in Weiterentwicklung des bayerischen Unterbringungsgesetzes künftig Hilfen und Schutzmaßnahmen für Menschen mit psychischen Erkrankungen regeln soll. Diese sollten und müssen vielmehr in einem eigenen Maßregelvollzugsgesetz Niederschlag finden.

Der nun vorliegende Entwurf des Gesetzes wird in weiten Teilen von den Bezirken und dem Bezirkstag begrüßt.

An zwei zentralen Punkten sehe man, so Bezirkstagspräsident Josef Mederer, noch entscheidenden Korrektur- oder Ergänzungsbe-



Der Maßregelvollzug wird auch auf Druck der Bezirke in Bayern auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt.

FOTO DPA

darf: So werden an einer Stelle des Gesetzesentwurfs Regelungen zur „Leitung der Maßregelvollzugseinrichtungen“ getroffen. Der Text sieht dabei vor, dass bei Neubesetzungen der Maßregelvollzugsleitung die neue Fachaufsichtsbehörde zustimmen muss. „Das greift allerdings stark in das Selbstverwaltungsrecht des Trägers beziehungsweise Dienstherrn Bezirk ein und beschränkt damit unzulässig dessen Handlungsfähigkeit. Einer Zuständigkeit für eine Aufgabe muss auch eine Entscheidungsbefugnis des Bezirkstages sowie seiner Gremien ausgehört“, so Mederer mit Nachdruck.

Mindestens ebenso wichtig erscheine zudem die Absicherung der Finanzierung und Leistungsstandards der forensischen Ambulanzen: Noch fehlt eine Regelung dazu vollständig.

„Nach Auffassung von Fachleuten haben sich die dezentral an al-

len Maßregelvollzugseinrichtungen, mit Ausnahme des BKH Straubing, errichteten Forensischen Ambulanzen bewährt. In den Ambulanzen werden die entlassenen Straftäter weiter betreut und, soweit noch notwendig, medizinisch behandelt. Dies ermöglicht eine raschere Entlassung und senkt die Rückfallwahrscheinlichkeit nicht unerheblich“, hebt Präsident Mederer hervor. „Die Ambulanzen dürfen jedoch keinesfalls von künftigen Haushaltsentwicklungen abhängig sein! Zur Rechtssicherheit bedarf es deshalb hier dringend einer Regelung zu forensisch-psychiatrischen Ambulanzen, die den Auftrag, die Anbindung, Aufgabenträger, Finanzierung und Standard klar stellen.“ Darüber hinaus betont der Bezirkstagspräsident: „Wir sind sicher, dass unter Berücksichtigung unserer Forderungen mit dem bayerischen Maßregelvollzugsgesetz ein wegweisendes, praktikables Gesetz geschaffen werden kann, das sowohl den Si-

cherheitsinteressen unserer Bevölkerung, wie auch den schutzwürdigen Interessen der uns im Rahmen des Maßregelvollzugs anvertrauten Patientinnen und Patienten ausgewogen und umfassend Rechnung tragen wird. Der Lebensweg zum psychisch kranken Straftäter ist die Folge einer tragischen Krankheitsentwicklung und kein bloßes moralisches Versagen. Das verpflichtet uns in besonderer Weise, diesen Patienten die Chance zu einer modernen, humanistisch orientierten Unterbringung und Behandlung zu geben.“

Zudem sei der beste Garant für die Sicherheit der Bevölkerung die Ermöglichung einer guten Therapie im Maßregelvollzug. Und das leisteten die Bezirkseinrichtungen mit hochmodernen Therapiemethoden und dank eines ausreichenden Budgets des Freistaats mit einer angemessenen Personalausstattung, so Mederer. > CELIA WENK-WOLFF, ULRICH LECHLEITNER

## Limousin und Auvergne

## Reise ins grüne Herz

Severine Weber und Martin Müller haben einen Reiseführer über Mittelfrankens französische Partnerregion, das Limousin, und über die Auvergne geschrieben. Gemeinsam haben sie ihr Werk in Nürnberg präsentiert. Bei dessen Vorstellung waren kürzlich Bezirkstagspräsident Richard Bartsch und politische Vertreter beider Partnerregionen zugegen.

Wer reizvolle und unberührte Natur entdecken möchte, der sollte seine nächste Reise in Richtung Limousin und Auvergne planen. Im Limousin gibt es nicht nur die authentischen schiefergedeckten Granit-Häuser, die berühmten gleichnamigen Rinder, feine Weine, erlesene Käsesorten oder edles Porzellan, sondern die vielfältig-

ten Landschaften wie die südfranzösisch anmutende Limousiner Riviera um Beaulieu-sur-Dordogne, das raue Hochplateau von Millevaches oder das wildromantische Creuse-Tal. Nicht ganz so weit im Südwesten gelegen befindet sich die Region Auvergne mit ihren nicht nur aus der Volvic-Werbung bekannten Vulkanketten und weichen Moorlandschaften.

Auf 492 Seiten geben die beiden Autoren dem Leser einen Überblick über Politik, Wirtschaft, Flora, Fauna, Klima und Verwaltung, berichten über die geschichtliche Entwicklung der einzelnen Regionen und geben Tipps zu Anreise und Übernachtungsmöglichkeiten. > BARBARA-ANN DISTLER

## Kommentar zum Psychiatrie-Kongress in Irsee

## Kongress setzt Maßstäbe

Noch Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre gab es auch in der Psychiatrie in Bayern riesige Bettensäle, waren die Patienten isoliert und hatte die Gesellschaft große Probleme, psychische Erkrankungen zu akzeptieren. Als dann etwas später eine Enquete-Kommission die Psychiatrie nach und nach modernisierte, gelang es, sie aus ihrem Schattendasein behutsam herauszuführen. Dabei ging es vor allem darum, psy-

chische Krankheitsbilder zu entstigmatisieren. Wer an einer seelischen – oder einer Geisteskrankheit erkrankte, sollte nicht länger ausgegrenzt, sondern ein Teil des allgemeinen Lebens werden. Der Weg, dieses Ziel zu erreichen, war mühsam, und er ist bis heute nicht abgeschlossen. Immer noch beherrschen Vorurteile und eine unzureichende Kenntnis über die Psychiatrie weite Teile des öffentlichen Bewusstseins.

Umso wichtiger ist ein Kongress, wie jener, der in diesen Tagen in Kloster Irsee stattfand. Die Tagung, die vom Bildungswerk des Bayerischen Bezirktags in jeder Hinsicht exzellent vorbereitet und durchgeführt wurde, machte deutlich, wie notwendig ein Mehr an Transparenz hier ist. Bezirkstagspräsident Mederer verwies zu recht auf die Problematik, dass jeder die psychische Erkrankung eines anderen unterschiedlich einschätze.

Umso mehr sind Ärzte, Psychologen und Pfleger gefordert, in den Fachkliniken und den Ambulanzen den Spagat zu schaffen, sich einerseits kompetent und engagiert ihren Patienten zuzuwenden, und andererseits die Angehörigen und deren Umfeld in der Betreuung dieser Menschen mitzunehmen. Es war das Verdienst dieses Kongresses, gerade diesen Kontext deutlich gemacht zu haben. > ULRICH LECHLEITNER

## Bezirke zu Gast in Brüssel

## Strukturpolitik als Herausforderung

Europäische Asylpolitik, Schutz von EU-Außengrenzen, Freihandelsabkommen, Agrar-Förderung, grenzüberschreitende Strukturpolitik - Fragen an die Kommission reisten die Vorstände der Europa-Region Donau-Moldau und der Euregio Bayerischer Wald, Böhmerwald und Unterer Inn kürzlich nach Brüssel. Mit dabei waren neben Kulturstatssekretär Bernd Siblinger vier CSU-Landräte und die Bezirkstagspräsidenten der Oberpfalz und Niederbayerns. In den Augen von Franz Löffler und Olaf Heinrich waren die Gespräche dort sehr nützlich und interessant.

Eingeladen in Brüssel zu den Gesprächspartnern die Türen geöffnet hatte Manfred Weber, der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europaparlament und des CSU-

Bezirks Niederbayerns. Was haben die Reisenden mitgebracht außer einem freundlichen Händedruck von Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker, der sie begrüßte? Immerhin nutzten die Präsidenten diese Gelegenheit, um eines ihrer wichtigsten Anliegen im Interesse aller Bezirke direkt vorzubringen.

„Wir haben eine europaweite Regelung für eine gerechtere Verteilung von Flüchtlingen gefordert“, berichtet Heinrich: „Von Juncker und seinem Kabinettschef Martin Selmayr wurde uns bestätigt, dass das Problem offenbar erkannt ist und jetzt an einem europäischen Verteilungsschlüssel gearbeitet wird. Wir bringen schließlich zig Millionen für ‚unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge‘ auf. In Niederbayern waren es 2013 mehr als sechs Millionen Euro. Wenn alle EU-Staaten ihren Beitrag leisten, wird die Last für uns

auch im Interesse der Betroffenen geringer.“

Der Sprecher des EVP-Ausschusses für Außenhandel, Daniel Caspary, warb bei der Delegation für das umstrittene Freihandelsabkommen TTIP. Er sieht darin einen Gewinn für eine Reihe von Wirtschaftsbereichen. Es gehe aber vor allem darum, in dem Abkommen europäische Standards auf internationalen Märkten zu sichern. Die bayerische Landwirtschaft habe davon eher Vorteile zu erwarten, ergänzte auch der Oberpfälzer Europa-Abgeordnete Albert Deß.

Bei den Gesprächen mit Junckers Kabinettschef Selmayr ging es auch um die europäische Strukturpolitik, die für neue Mitgliedsstaaten immer mehr Geld aufwendet, das in anderen strukturschwachen Regionen fehlt, wie im Grenzgebiet Bayerwald-Böhmer-

wald. Dazu gehört nach Ansicht Löfflers eine über die Grenze hinweg abgestimmte Regionalentwicklung (zum Beispiel Verkehr, Bildung, Hochschulen) aber auch der Erhalt kultureller regionaler Besonderheiten und Stärken.

„Wir konnten feststellen, dass wir mit der Europa-Region Donau-Moldau auf dem richtigen Weg sind“, resümiert Heinrich: „Die EU wird künftig europäische Mittel eigens für diese Zusammenschlüsse bereitstellen. Da wir nicht wollen, dass das Geld an uns vorbei nur in Metropolregionen fließt, muss unsere Europa-Region erfolgreich weiterentwickelt werden!“ > HANNES BURGER

VERANTWORTLICH für beide Seiten: Bayerischer Bezirkstag, Redaktion: Ulrich Lechleitner



Bezirksrat Peter Daniel Forster, Martin Müller und Severine Weber, Regionalrätin Christèle Coursat aus dem Limousin und Bezirkstagspräsident Richard Bartsch (v. l. n. r.). FOTO BEZIRK MITTELFRAANKEN